



Regierungsratsbeschluss vom 17. September 2019

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag
für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft; Vernehmlassung

P191144

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).

Begründung

Der Regierungsrat stimmt der vom Bund vorgeschlagenen Verlängerung des Normalarbeitsvertrags für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft um weitere drei Jahre zu. Ebenfalls unterstützt er die geplante Anpassung der Mindestlöhne um 1.6 Prozent entsprechend der Nominallohnentwicklung. In der Branche „Hauswirtschaft“ ist die Zuwanderungsquote überdurchschnittlich hoch. Die demographische Entwicklung in der Schweiz führt zu einer steigenden Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Das erhebliche Lohngefälle zwischen dem Herkunftsland und der Schweiz sowie die Verstossquote verdeutlichen, dass die Voraussetzungen für eine Verlängerung des Normalarbeitsvertrags vorliegen. Es wurden wiederholte Verstösse gegen die Mindestlöhne festgestellt und es ist davon auszugehen, dass beim Wegfall des Mindestlohnes der Druck auf die Löhne und die Missbrauchsgefahr steigen würde.

